

Beschluss (gegen die Stimmen der CSU-Stadtratsfraktion):

1. Der Stadtrat unterstützt die Ziele des Volksbegehrens und bittet den Herrn Oberbürgermeister, den Landesgesetzgeber aufzufordern, die gesetzlichen Grundlagen für einen Mietenstopp im Sinne des Volksbegehrens „6 Jahre Mietenstopp“ zu schaffen und bittet zudem den Bayerischen Städtetag hierfür um Unterstützung.
2. Darüber hinaus bittet der Stadtrat den Herrn Oberbürgermeister, den Bundesgesetzgeber aufzufordern, alle gesetzgeberischen Möglichkeiten auszuschöpfen und gesetzliche Grundlagen zu schaffen, die den Mieter*innen nachhaltig bezahlbaren Wohnraum ermöglichen. Hierzu gehören der Neubau, die Einbeziehung von Bestandsmieten und gefördertem Wohnraum in den Mietspiegel sowie eine Bodenrechtsreform. Genossenschaften müssen gefördert und staatliche Wohnbauprogramme verstärkt werden. Den Kommunen muss im Bereich des Zweckentfremdungs- und Erhaltungssatzungsrechts eine weitergehende regulatorische Kompetenz gegeben werden.
3. Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.